

# Unternehmensallianz für Klimaneutralität

## Innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung muss eine Umsetzungsoffensive Klimaschutz starten

Zum Auftakt der Sondierungsverhandlungen fordert eine breite Allianz deutscher Unternehmen aus allen Schlüsselsektoren der Wirtschaft eine ambitionierte sektorübergreifende Klimapolitik, die den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens gerecht wird. Auch Stiebel Eltron, Hersteller umweltfreundlicher Haus- und Systemtechnik, hat unterzeichnet.



69 Unterzeichner:



Initiiert durch: Stiftung |2°  
Deutsche Unternehmen für Klimaschutz

Mit ihrem Appell fordern 69 Unternehmen – darunter viele Großunternehmen und Vertreter des deutschen Mittelstands – die verhandelnden Parteien auf, Deutschland auf einen klaren, verlässlichen und planbaren Pfad zur Klimaneutralität zu bringen. Sie fordern von der neuen Bundesregierung, innerhalb der ersten 100 Tage eine Umsetzungsoffensive für Klimaneutralität aufzusetzen. Damit setzen deutsche Unternehmen ein deutliches Signal für ambitionierten Klimaschutz in der neuen Legislaturperiode.

Dr. Nicholas Matten, Geschäftsführer von Stiebel Eltron, sagt: „Ohne Wärmewende wird die Energiewende nicht gelingen. Es ist an der Zeit, dass die Politik und die Branche den Klimaschutz offensiv umsetzen. Nahezu alle Experten sind sich einig, dass die Wärmepumpenheizung das umweltfreundliche Heizsystem ist, das sich auf Dauer durchsetzen wird. Bereits 2030 müssen 5 bis 6 Millionen Wärmepumpen im Markt sein, 2040 15 bis 17 Millionen, um die deutschen Klimaziele zu erreichen, so aktuelle Studien. Das wird nur dann möglich sein, wenn die Politik sich klar zu dieser Ausrichtung bekennt und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schafft – unter anderem eine Umgestaltung des Energiepreises. Elektrifizierung und damit Dekarbonisierung muss sich lohnen, dafür braucht es einen fairen Strompreis.“

Unter den beteiligten Firmen sind namhafte Vertreter aus allen relevanten Branchen und Schlüsselindustrien: neben Stiebel Eltron aus dem Segment Wärme, Haustechnik und erneuerbare Energien zum Beispiel Vertreter aus dem Maschinen- und Fahrzeugbau, der Grundstoff- und Chemieindustrie, der Finanzbranche sowie mittelständische und große Unternehmen aus den Bereichen Gebäude, Mobilität und Handel. Zusammen beschäftigen sie in Deutschland mehr als eine Million und weltweit über fünf Millionen Menschen und stehen für einen globalen Umsatz von etwa einer Billion Euro.

„Der Klimaschutz war bei der Bundestagswahl das wahlentscheidende Thema und muss von den Parteien bei der Bildung einer neuen Bundesregierung ganz oben auf die Agenda gesetzt werden“, sagt Prof. Dr. Michael Otto, Präsident der Stiftung 2°, Unternehmer und Aufsichtsratsvorsitzender der Otto Group. „Die Dekade des Handelns für den Klimaschutz hat begonnen. Die neue Bundesregierung muss jetzt den Rahmen setzen, damit wir als Unternehmer Klimaneutralität zum Markenzeichen der deutschen Wirtschaft machen können“, so Otto weiter.

In Anlehnung an den ganzheitlichen Ansatz des Green Deals der EU-Kommission fordern die Unternehmen in dem Appell, dass die Umsetzungsoffensive ein Paket konkreter Maßnahmen enthalten sollte, damit das Ziel Klimaneutralität bis 2045 verlässlich erreicht werden kann. Für die Transformation zur Klimaneutralität müsse so der Ausbau wichtiger Technologien und Infrastrukturen beschleunigt vorangetrieben werden. Dies gelte insbesondere für den Ausbau Erneuerbarer Energien und der dafür erforderlichen Stromnetze, klimafreundliche Industrieanlagen und Verkehrsinfrastrukturen sowie die energetische Gebäudesanierung.

„Klimaneutralität machen‘ sollte zum Motto der neuen Legislaturperiode werden. Die neue Bundesregierung muss klimapolitisch mutig und entschlossen handeln und kann dabei auf die Unterstützung dieser breiten Unternehmensallianz bauen“, sagt Sabine Nallinger, Vorstandin der Stiftung 2°. „Jetzt kommt es darauf an, eine Umsetzungsoffensive für Klimaneutralität ins Zentrum einer Regierungsbildung zu rücken. Wenige Wochen vor der Weltklimakonferenz in Glasgow und vor den wichtigen Entscheidungen für das „Fit for 55“-Paket der EU senden die Unternehmen damit auch ein wichtiges Signal an die europäische und internationale Gemeinschaft“, so Nallinger weiter.

**Henning Schulz**